

Kapitel 3

Jugend und Politik: Ein neues Bürgermodell für moderne Demokratien

Anne Muxel

Ein Wandel in den Beziehungen zwischen jungen Menschen und der Politik ist in allen westlichen Demokratien offensichtlich. In allen etablierten Demokratien hat ihr Engagement in den traditionellen politischen Institutionen in den letzten Jahrzehnten abgenommen und zu dem geführt, was manche als Krise des Bürgersinns betrachten. Welches sind die charakteristischsten Veränderungen? Und was ist so besonders an der Politik junger Menschen?

Unsere Demokratien sind reflektierender geworden und die Verbundenheit, die normale Bürger mit dem politischen System haben, ist individueller geprägt als in der Vergangenheit. Das Gefühl der Parteizugehörigkeit ist – ebenso wie soziale Bindungen – lockerer geworden. Die großen politischen Erzählungen sind verschwunden und bieten heute keinen Plan von Zugehörigkeitssystemen, an die sich Einzelne binden und in die sie sich einbringen können. Im Hinblick auf die soziale Politisierung hat bei jungen Menschen das Experimentieren gegen Identifizierung und Zugehörigkeit gewonnen. Immer stärker stützt sich die politische Beteiligung auf unterschiedliche Arten des Ausdrucks und des Handelns. Die Bürgernorm, die mit dem Gang zur Wahlurne verbunden ist, wird immer schwächer, und die Nichtbeteiligung bei Wahlen wird immer höher, wodurch sie eine gewisse demokratische Legitimität erzielt.

Die neuen Methoden der Kommunikation und der Informationsbeschaffung, die heute allen zur Verfügung stehen, haben ebenfalls den Rahmen für das politische und bürgerliche Engagement verändert. Das Internet, als Instrument für den Erwerb von Wissen und den Austausch, bietet jedem eine Bühne, der sich zu einem bestimmten Thema oder Zweck äußern oder etwas dazu veröffentlichen möchte, wodurch normalen Bürgern neue Wege offenstehen, sich in die Welt, in der sie leben, einzubringen. Das Internet fördert in Echtzeit die kollektive Mobilisierung, eine Kultur des Hohns und eine kritische Haltung gegenüber Politik und Politikern. Das stets verfügbare Image und die jederzeitige Verfügbarkeit von Informationen haben eine neue Notwendigkeit der Transparenz und der Authentizität geschaffen, die die Anforderungen der Demokratie verstärken. Diese neuen Parameter haben sowohl die Forderungen junger Menschen an die politische Klasse als auch die Erwartungen verändert, die sie an diese haben, wodurch neue Verhaltensmuster bei jungen Menschen entstanden sind.

Dieser neue politische Kontext wird von manchen als Bürgerkrise betrachtet. Man kann diese Veränderungen aber auch anders interpretieren und sie vielmehr als Zeichen eines neu entstehenden Bürgermodells, anstatt als demokratisches Defizit betrachten. Dieses neue Modell gilt für alle Bevölkerungskategorien als Ganzes und kann als Resultat der Zeit, anstatt als Resultat nachfolgender Generationen betrachtet werden. Nichtsdestotrotz tritt es bei jüngeren Generationen häufiger auf, die in diesem veränderten Kontext den ersten Kontakt mit der Politik hatten, ohne je den Rahmen der traditionelleren politischen Sozialisierung erlebt zu haben. Aus diesem Grund sehen sich die jungen Menschen mit einer neuen und besonderen Situation konfrontiert und nehmen neue Verhaltensweisen und Einstellungen an.¹

Bevor ich das Entstehen eines neuen Bürgermodells eingehender erläutere, möchte ich einige Anmerkungen machen:

1. Veränderte politische Einstellungen und Verhaltensweisen betreffen nicht nur junge Menschen. Man kann sie in der gesamten Bevölkerung feststellen, sind dort aber nicht so ausgeprägt. Junge Menschen fungieren als eine Art Vergrößerungsglas, das die Veränderungen in den Beziehungen zwischen normalen Bürgern und Politikern und auch Veränderungen in der politischen Praxis und im politischen Handeln widerspiegelt. Heute sind neue Forderungen an die Demokratie erkennbar, und diese werden, mehr oder weniger umfangreich, in allen Bevölkerungsgruppen ausgesprochen.

2. Unter jungen Menschen sind eindeutig soziale und politische Gräben vorhanden. Es können einige allgemeine Trends bei der Jugend festgestellt werden, aber diese Trends wirken sich nicht auf alle Kategorien gleichermaßen aus. Es gibt eine klare Trennung zwischen jungen Menschen mit und ohne Qualifikation. Jene mit einer guten Ausbildung fühlen sich der repräsentativen Demokratie eng verbunden, obwohl sie überaus kritisch gegenüber der Politik sind. Bei weniger gut ausgebildeten Jugendlichen, obwohl sie eher bereit sind, allgemeine Werte zu befürworten, als ältere Menschen mit vergleichbarem Bildungsstand, sind ihre allgemeinen Überzeugungen nicht stark genug, um die entsprechende Ablehnung von Politik zu kompensieren. Ihr Vertrauen in die repräsentative Demokratie ist ernsthaft unterminiert und sie tendieren zu einer größeren Abkopplung von allen Formen der politischen Partizipation; außerdem werden sie von populistischen Führern und Parteien stärker angezogen. In beiden Fällen besteht die Gefahr eines steigenden Demokratiedefizits.

3. Trotz der Existenz dieser sozialen und politischen Unterschiede zwischen Jugendlichen und trotz der Tatsache, dass sie in den meisten europäischen Staaten das gleiche Misstrauen hegen und gegenüber Älteren die gleichen Zweifel über das politische System und die repräsentative Demokratie äußern, werden die politischen Veränderungen, die die jüngeren Generationen heute erleben, langfristig und für die Zukunft andere Folgen haben. Weil die jungen Menschen Politik ausschließlich in einer Zeit des Misstrauens, der Proteste und der wachsenden Nichtbeteiligung an Wahlen entdecken, werden diese neuen Parameter ihr Verhältnis zur Politik, wahrscheinlich ihre zukünftigen Einstellungen und Verhaltensweisen, beeinflussen.

1. Vgl. Muxel, A. (2009), „Young People and politics“. In: Perrineau, P., Rouban, L. (Hrsg.), *Politics in France and Europe* (2009), Palgrave Macmillan, New York; vgl. auch Muxel, A. (2010), *Avoir 20 ans en politique. Les enfants du désenchantement*, Seuil, Paris.

Es hat ein profunder politischer Wandel in der intergenerationellen Dynamik und innerhalb des Sozialisierungsprozesses stattgefunden. Zukünftige Bürger werden anders sein als die Bürger von gestern. Sie werden wahrscheinlich auch weiterhin kritischer sein, sich tendenziell weniger an Wahlen beteiligen, wahrscheinlich mehr protestieren, besser informiert sein und der Politik weniger vertrauen. In diesem Sinne besteht in der Tat eine offensichtliche Kluft zwischen den Generationen. Aus diesem Grund werden sich die heute zu sehenden Veränderungen nicht nur auf die Praxis der Politik und den Ausdruck politischer Entscheidungen auswirken, sondern sie werden, allgemein gesprochen, die Zukunft der Demokratie verändern.

Ich möchte nun das vorstellen, was meiner Überzeugung nach die drei wichtigsten Merkmale dieser Veränderungen für die Definition dessen sind, was man als neues Bürgermodell in unseren modernen europäischen Demokratien betrachten könnte. Ich werde mich dabei auf Frankreich konzentrieren. Auch wenn es bestimmte Unterschiede und nationale Besonderheiten gibt, kann man die Merkmale, die ich erörtern werde, auch in anderen europäischen Staaten beobachten.

ERSTES MERKMAL: ALLGEMEINES MISSTRAUEN GEGENÜBER DER POLITIK UND SPEZIELL GEGENÜBER POLITIKERN

Die Vertrauenskrise in Bezug auf politische Institutionen und die repräsentative Demokratie besteht in vielen europäischen Staaten seit mehr als 30 Jahren. Die Unzufriedenheit mit den politischen Vertretern kann man bei Bürgern jeden Alters feststellen. Weniger als 40% der jungen Europäer von 16-29 Jahren vertrauen Politikern und politischen Parteien (oder weder vertrauen noch misstrauen ihnen). Ältere Generationen vertrauen Politikern etwas mehr als junge Menschen (oder sind neutral eingestellt). Im Gegenzug sind junge Menschen gegenüber Parteien positiver eingestellt als ältere Menschen. Das Vertrauen in nationale Parlamente ist nach wie vor höher als in Politiker und politische Parteien, bleibt aber dessen ungeachtet unterhalb von 50%.² In Frankreich traut heute die Hälfte der Bevölkerung weder der Linken noch der Rechten das Regieren zu.³ Mehr als acht von zehn Menschen glauben, dass Politiker sich nicht um ihre Probleme und Schwierigkeiten kümmern.⁴ Es gibt einen sehr tiefen Graben zwischen der Elite und der Bevölkerung. Zwei Drittel der Bevölkerung denken, dass Politiker korrupt sind und ihr Amt nicht integer und ehrlich ausführen. Junge Menschen teilen die gleichen Einstellungen und beginnen ihr Leben als Bürger mit dieser äußerst negativen Wahrnehmung der politischen Sphäre.

Diese neuen Rahmenbedingungen offenbaren eindeutig die Schwierigkeiten und Gefahren, die es gibt. Demokratie benötigt gegenseitiges Vertrauen zwischen Bürgern und ihren Vertretern, damit sie funktionieren kann. Aber wenn man einmal die negativen Folgen eines allgemeinen politischen Misstrauens (Populismus, politische Krise, Abfall von bürgerlichen Werten, etc.) außer Acht lässt, könnte man auch argumentieren, dies gebe einerseits dem politischen System die Chance,

2. Eurostat-Bericht 2011.

3. Baromètre de Confiance Politique du CEVIPOF, Dezember 2012.

4. Idem.

mehr von seinen Institutionen und von den Menschen, die regiert werden, zu verlangen. Und andererseits bietet es den Bürgern die Gelegenheit, ihre Wachsamkeit und ihre Suche nach dem zu verstärken, was dieses demokratische System ihnen geben kann. Wenn man diese positive Interpretation nicht außer Acht lässt und auf diese optimistische Wahrnehmung der Zukunft der Demokratie vertraut, könnte diese Verallgemeinerung von Misstrauen in den Sozialisationsprozess eindeutig zu kritischeren Bürgern führen, die sowohl demokratische Ideale befürworten als auch gegenüber dem politischen System kritisch eingestellt sind, und die aus politischer Sicht auch besser gerüstet, einbezogen und wachsam sind.

ZWEITES MERKMAL DIESES NEUEN MODELLS: DIE LEGITIMIERUNG VON WAHLENTHALTUNG UND DIE VERBREITUNG VON UNREGELMÄSSIGER WAHLBETEILIGUNG

Die Wahlenthaltung ist in den letzten 30 Jahren in den meisten europäischen Staaten kontinuierlich gestiegen.⁵ Die letzten Zwischenwahlen in Frankreich erzielten Rekordzahlen der Wahlenthaltung. Diese steigende Wahlenthaltung lässt sich weniger durch soziale als durch politische Faktoren erklären. Es gibt immer noch soziologische Gründe für Wahlenthaltung. Dazu gehören eine geringere soziale Integration (unter jungen Menschen, Frauen, bildungsferne Schichten, Arbeitslose, etc.) und soziale Gräben, die quer durch alle Altersgruppen verlaufen und Gräben in der Wahlbeteiligung widerspiegeln. In Frankreich, wo die letzten Präsidentschaftswahlen 2012 stattfanden, erklärten 62% der Studenten, sie hätten bei allen Wahlen gewählt, während es bei den jungen Menschen mit einer Beschäftigung nur 49% und bei arbeitslosen jungen Menschen nur 42% waren; 26% der Studenten erklärten, dass sie bis kurz vor dem Wahltag nicht wussten, wen sie wählen sollten, und sich in der letzten Minute entschieden, bei den jungen Menschen mit einer Beschäftigung waren es 27% und bei den arbeitslosen jungen Menschen 34%; 75% der Wähler, die vor 1945 geboren wurden, erklärten, sie hätten ihre Entscheidung lange vor der Wahl getroffen, während es bei den jüngeren Wählern, die nach 1980 geboren wurden, nur 45% waren (-30 Punkte).⁶ Dessen ungeachtet reichen soziale Faktoren nicht aus, um die steigende Wahlenthaltung von Bürgern zu erklären, obwohl die Bildung sich weiter verbessert. 35% der Studenten gingen in der ersten Runde der letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich nicht zur Wahl.⁷ Es müssen andere Faktoren als soziologische und kulturelle erörtert werden. Die Wahlenthaltung kann eingesetzt werden, um seiner politischen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen und gegen Kandidaten und Parteien zu protestieren, die sich zur Wahl stellen. Die Ausbreitung dieser politischen Anwendung der Wahlenthaltung legt nahe, dass

5. Vgl. Cautrés, B., Muxel, A. (Hrsg.) (2011), *The New Voter. France and Beyond*, Palgrave Macmillan, New York.
6. Post-Electoral Survey CEVIPOF, Juni 2012. Die „-30 Punkte“ beziehen sich auf die Differenz zwischen den 75% der Wähler, die vor 1945 geboren wurden, die erklärten, sie hätten ihre Entscheidung lange vor den Wahlen getroffen, und den 45% der jüngeren Wähler, die nach 1980 geboren wurden, die das gleiche sagten (-30 Punkte).
7. Idem.

es sich um ein Verhalten handelt, dass immer häufiger und vor allem von jungen Menschen eingesetzt und legitimiert wird.

Wenn man dieses neue Wahlverhalten zugrunde legt, werden junge Menschen nur dann zur Wahl gehen, wenn sie dem Ergebnis der Wahl eine Bedeutung beimessen. Sie halten Zwischenwahlen, wie z. B. die europäischen Wahlen, nicht für wichtig. In Frankreich werden nur die Präsidentschaftswahlen als ausschlaggebend betrachtet. Aus diesem Grund hat sich die unregelmäßige Wahlbeteiligung als normale Ausübung der eigenen Bürgerpflicht entwickelt. Diese neuen Rahmenbedingungen werden die normale Bürgerschaft im Prozess der politischen Sozialisierung verändern und notwendigerweise eine Kluft zwischen den Generationen schaffen. Sie werden sich auch auf das Wahlsystem und auf den Wahlkampf auswirken. Dieses Hin und Her zwischen Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung stellt einen echten politischen Wandel dar und definiert die demokratischen Werkzeuge neu, derer sich die Bürger bedienen, um ihre Meinung kundzutun. Offensichtlich werden sich die Folgen einer frühen Sozialisierung hin zu einer Wahlenthaltung in der jüngeren Generation und vor allem ihre Legitimierung die Regeln des demokratischen Spiels verändern. Falls manche die systematische Wahlenthaltung für eine echte Bedrohung für die Demokratie halten, da sie die Legitimität der Demokratie an sich bedroht, weise ich nachdrücklich darauf hin, dass das Anwachsen des politischen und unregelmäßigen Ausdrucks der Wahlenthaltung im Gegenteil ein Zeichen für politische Vitalität sein könnte.

DRITTES MERKMAL: DIE ENTSTEHUNG DES PARTIZIPATORISCHEN PROTESTES

Die Krise der repräsentativen Politik hat zu weiteren Rufen nach direkter Demokratie und einer größeren Beteiligung an Protestkampagnen der Bürger geführt. Diese Trends zeigen sich vor allem bei den jüngeren Generationen. Das Wählen, obwohl es von der Jugend immer noch als sinnvoll und wirksam betrachtet wird, gilt nicht mehr als alleiniges Mittel der Bürgerbeteiligung. Laut Eurostat erklärten weniger als 4% der jungen Europäer, sie nähmen an Aktivitäten politischer Parteien oder Gewerkschaften teil.⁸ Der Ausdruck politischen Bewusstseins entwickelt sich und Protest wird immer mehr als legitim betrachtet. Die nichtkonventionelle Partizipation steigt in allen europäischen Staaten. Dies ist vor allem ein generationsbezogenes Phänomen: Angehörige der älteren Generationen nehmen eher nicht an Protesten teil, Babyboomer nehmen eher teil und bei heutigen jungen Menschen ist die Wahrscheinlichkeit noch höher: Die wachsende Beteiligung an Protesten ist ein kontinuierlicher Trend. In Frankreich hat bereits jeder zweite junge Mensch an einer Straßendemonstration teilgenommen.

Die konventionelle Partizipation (Wahl) und die nichtkonventionelle Partizipation (Demonstration) sind keine sich gegenseitig ausschließenden Optionen, sondern sie sind eng miteinander verknüpft und ergänzen sich. Protestbewegungen können nicht als Alternative zur Wahlbeteiligung betrachtet werden. Je mehr Bürger den Wert der konventionellen Partizipation erkennen, desto mehr halten sie auch die Teilnahme an Protesten für wichtig.

8. Eurostat-Bericht 2011.

Diese protestgestützte Politisierung kann man auch an der Wahlurne feststellen. Viele europäische Staaten haben erlebt, dass extremistische Parteien oder Parteien, die außerhalb des Systems stehen, Wahlerfolge erzielen. Auf die gleiche Weise, wie Wahlenthaltung immer mehr zu einem Ausdruck des politischen Protestes geworden ist, so ist die Stimmabgabe zu einem Mittel des Protestes geworden, die eigene Ablehnung der Regierungsparteien und des konventionellen politischen Systems kundzutun. Als die letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich stattfanden, wählten viele junge Menschen Kandidaten der extremen Rechten oder extremen Linken. In diesem Sinne kann der Protest auch auf konventionelle Mittel der Partizipation zurückgreifen. Bei diesem neuen Bürgermodell schließen sich konventionelle und nichtkonventionelle Formen der Beteiligung nicht gegenseitig aus, sondern sie sind eng miteinander verbunden. Die Bandbreite an Instrumenten, die für die demokratische Meinungsäußerung eingesetzt werden, ist äußerst vielfältig. Mehr als jeder andere wissen die jüngeren Generationen, wie man die verschiedenen Mittel der gemeinsamen Aktion einsetzt, um politische Entscheidungen und Regierungen zu beeinflussen.

WAS SOLLTE BEIBEHALTEN WERDEN?

Dieses Triptychon – Misstrauen, unregelmäßige Wahlbeteiligung und Protest – ist heute allen Kategorien junger Menschen gemein. Es charakterisiert ihre Politisierung, selbst wenn diese weniger stark ausgeprägt ist, abhängig von der sozialen Integration und dem Bildungsgrad. Dies erklärt, warum man dies als neue Rahmenbedingungen der Bürgerschaft betrachten kann. Die weit verbreitete Idee, die Jugend sei nicht mehr politisch, ist falsch. Die Jungen sind genauso kritisch und misstrauisch gegenüber Politikern, Parteien und der Politik, wie sie es immer waren, aber sie fordern auch etwas von der Politik. Pragmatismus, Effizienz und Individualisierung sind die Schlüsselbegriffe für eine Form des politischen Handelns, die experimenteller ist als in der Vergangenheit, da sie neu verhandelt und angepasst werden muss. Die jungen Menschen, die in einem Klima der Entzauberung und des Misstrauens in die Politik sozialisiert wurden und die Desillusionierung ihrer Eltern erlebt haben, haben einen neuen Ansatz für die Politik auf der Grundlage eines neuen Paradigmas für die Mitwirkung entwickelt. Dieser Ansatz vereint Unnachgiebigkeit bei grundsätzlichen Fragen mit dem Wunsch nach Pragmatismus, und Forderungen nach Werten, die erhalten werden sollen, mit echter Wirksamkeit. Die Jugend zeichnet sich in der Tat durch einen gewissen Rückzug von der Wahlbeteiligung und durch ein ziviles Stillhalteabkommen aus, aber andererseits sind sich die jungen Menschen des kollektiven Aspekts sehr bewusst und haben unter Beweis gestellt, dass sie politisch gesehen sehr reaktionsschnell sind. Allerdings haben sich die Fähigkeit zu reagieren und diese relative Beteiligung von Organisationen und traditionellen politischen Institutionen entfernt und einer individuelleren und sporadischeren Aktionsform zugewendet, wo das Erzielen einer unmittelbaren Wirkung und eines direkten Ergebnisses zum Hauptziel geworden sind. Junge Menschen haben die große Fähigkeit, sich für Themen einzusetzen, die sowohl lokale Belange als auch internationale Probleme betreffen. Sie bewegen sich in einer Art „globalisierten Nähe“, die Belange vereint, die das Naheliegende mit dem Fernliegenden verbindet. Der nationale Rahmen ist nicht mehr der einzige, in dem sie ihre Politisierung aufbauen

und ausdrücken. Ihre Beziehung zur Politik ist individueller und unmittelbarer mit ihrer Lebenserfahrung verbunden. Klasseninteressen und eine parteipolitische oder ideologische Zugehörigkeit sind in diesem Prozess weniger entscheidend.⁹

DIE DRINGENDE NOTWENDIGKEIT, JUNGEN MENSCHEN EINEN ANDEREN RAUM ZU GEBEN UND VOR ALLEM, SIE ANDERS WAHRZUNEHMEN

Junge Menschen sind Grund genug für eine wiederkehrende und wohlbegründete Beschäftigung. Sie sind Gegenstand zahlreicher Maßnahmen und Planungsarrangements in vielen Bereichen, u.a. Bildung, Beschäftigung, Kultur, Gesundheit, Sport und sogar Politik. Und das ist eine gute Sache. Man denkt an die jungen Menschen und befasst sich mit ihnen in bereichsgestützten Interventionen, über die an dieser Stelle kein Urteil gefällt werden soll. Die Jugend ist aber in den Köpfen der Politiker und in politischen Reden nicht sehr stark vertreten, wenn es darum geht, im Rahmen einer Zukunftsperspektive über sie nachzudenken, die ihnen die Vision einer zukünftigen Gesellschaft bietet, durch die sie eingeladen werden, ihre Hoffnung auf die Politik zu setzen. Weil sie alles über den Haufen geworfen und schon zu häufig für Verwirrung gesorgt haben und weil man sie manchmal als bedrohlich empfindet, neigen Politiker dazu, sie als Thema zu vernachlässigen. Da sie nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft einer Gesellschaft sind, zwingen sie Politiker, einen ehrlichen Diskurs einzugehen, der häufig schwierig in Gang zu setzen ist. Dies erklärt die Versuche von Politikern, sowohl das Thema zu vermeiden als auch die Bequemlichkeit, junge Menschen als eine Reihe von Symptomen zu sehen, auf die man achten oder mit denen man sich befassen muss. Die Jugend kann dann in einzelne Bereiche unterteilt werden, in denen bestimmte Eingriffe getätigt werden können. Eine staatliche Politik, die ein Gesamtprojekt für junge Menschen vorsieht, ist selten. Man befasst sich mit der Jugend vor allem dann, wenn etwas schief geht und wenn man sie als Risiko nicht nur für sich selbst, sondern auch für den Rest der Gesellschaft betrachtet. Der Schwerpunkt liegt vorrangig und vor allem auf den negativen und bedrohlichen Aspekten der Jugend. Dafür gibt es die folgenden Gründe: Wie unter einer Lupe reflektieren sie die vielen Mängel der europäischen Gesellschaften (endemische Arbeitslosigkeit, die Verlangsamung der sozialen und beruflichen Integration, abnehmende Kaufkraft und die Gefahr der Verarmung bestimmter Bevölkerungsgruppen, besonders junger Menschen, Hindernisse für die finanzielle Unabhängigkeit junger Menschen, ein gescheitertes Bildungssystem, etc.). Jene an der Macht vergessen tendenziell, dass junge Menschen ein anderes Bild von sich selbst benötigen. Sie werden selten aus positiven Gründen erwähnt. Man denkt viel eher an sie wegen der Symptome und der Missstände, mit denen man sie verbindet, als wegen ihrer Qualitäten und des Potenzials für die Zukunft, das sie verkörpern. Langfristig läuft diese Situation Gefahr, zur Quelle von Angst und Krankheit und zu einer allgemeinen Vertrauenskrise zu werden, die nicht nur den Dialog zwischen den Generationen, sondern auch das Nachdenken über die Gesellschaft im Hinblick auf das, was junge Menschen zu ihr beitragen können,

9. Vgl. James Sloan, „New Voice, Less Equal: The Civic and Political Engagement of Young People in the United States and Europe“. In: Comparative Political Studies, September 2012. Verfügbar unter: <http://cps.sagepub.com/content/early/2012/08/30/0010414012453441>.

verhindert. Nahezu drei Viertel der Franzosen (73%) glauben heute, dass es ihren Kindern einmal schlechter gehen wird als ihnen. Natürlich ist es eine bekannte Tatsache, dass die französische Gesellschaft zu den pessimistischsten in den modernen industriellen Demokratien gehört, aber es scheint mir nichtsdestotrotz, dass dieser grundlegende Mangel an Vertrauen in den Generationenwandel auch andere Staaten betrifft. Alle europäischen Jugendlichen sehen sich heute mit einem äußerst schwierigen Umfeld konfrontiert: Sparhaushalte, die die Ausgaben für staatliche Dienste reduzieren und ein feindlicher Arbeitsmarkt für Neueinsteiger. Ein Gefühl der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit, gepaart mit dem vermuteten Risiko abnehmender beruflicher Chancen, dominiert die Dynamik zwischen den Generationen. Die Entwicklung einer staatlichen Politik, die dieses Gefühl der sozialen und wirtschaftlichen Störung (die weit über die Probleme hinausreicht, die nur die Jugend betreffen) für nachkommende Generationen umkehrt, wird entscheidend sein. Eine angemessene Politik wird nicht nur benötigt, um das Vertrauen der normalen Bürger in ihre Regierungen zu verbessern, sondern auch, um die Gesundheit und Glaubwürdigkeit der Demokratie in vielen unserer Gesellschaften zu gewährleisten, die durch unterschiedliche Formen des Populismus und die Versuchung gefährdet sind, sich an autoritäre Regime in Europa zu wenden.

Aus Sicht einer Politik, die als zentralen Punkt Raum für die Jugend einräumt und vor allem diesen Raum als Teil des Planungsprozesses für soziale Verbindungen zwischen den Generationen als Ganzes wahrnimmt (sowohl affektiv als auch symbolisch), würde ich gerne vorschlagen, die folgenden drei Prioritäten als Orientierungshilfe zu nehmen.

Die erste lautet, dass es absolut unerlässlich ist, alle Generationen zusammen und nicht separat zu betrachten. Im Rahmen eines „wissensbasierten“ Diskurses ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass die bestehende Politik die Gründe verschlimmert, aus denen die Generationen sich in Opposition zueinander betrachten. Die Verbindungen und Solidarität zwischen den Generationen bestehen im Privatleben, sie müssen lediglich auf die öffentliche Bühne übertragen werden. Bedingungen müssen geschaffen werden, damit die verschiedenen Generationen darüber nachdenken, was sie miteinander verbindet, anstatt darüber, was sie trennt. Damit sie dies tun können, ist es unerlässlich, nicht nur alle Initiativen zu fördern, die in diesem Bereich existieren, sondern auch vieles an dem Diskurs zu ändern, der zu diesem Thema geführt wird und der häufig die Jugendlichen stigmatisiert.

Die zweite Priorität ist eine Erinnerung an die dringende Notwendigkeit, sich mit der zweifachen Forderung junger Menschen zu befassen: Integration und Autonomie. Dies muss Niederschlag finden in konkreten Mitteln und Maßnahmen, aber auch in symbolischen Vorgaben und Zielen, damit junge Menschen sich wieder gesellschaftlich nützlich finden und erkennen, dass sie bei den politischen Entscheidungen eine Rolle spielen.

Die dritte Priorität fordert die Erarbeitung einer Vertretung für die Zukunft, nicht nur für junge Menschen, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Politiker sprechen nicht häufig genug über die Zukunft. Und trotzdem gibt es die dringende Notwendigkeit, allen Veränderungen und Wandlungen eine Bedeutung zu geben, die die Zukunft der jüngeren Generationen formen.

Es gibt daher eine Notwendigkeit für einen neuen Bürgerpakt, der die Bausteine für die Zukunft unserer europäischen Demokratien niederlegt. Ein solcher Pakt muss Bürger zusammenführen, die zweifellos kritischer und fordernder sind und es auch bleiben werden. Aber es muss auch möglich sein, sich auf Bürger zu verlassen, die einen konstruktiven (und nicht nur reaktiven) Dialog mit jenen führen können, die sie regieren, und die Vertrauen in die Fähigkeit der Politik und des Staates haben, die Gesellschaften zu verbessern, in denen wir leben. Obwohl im Eurostat-Bericht 2011 über junge Menschen in Europa die älteren Bürger im Hinblick auf die Beteiligung von Normalbürgern an politischen Entscheidungen pessimistischer in die Zukunft blickten, war eine Mehrheit der jungen Menschen (53%) im Alter von 15-24 der Meinung, dass sich in 20 Jahren die Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen würden. Dies ist ein Ergebnis, das wir als optimistische Notiz für die Zukunft unserer Demokratien betrachten dürfen.